

Vergleich der
Positionen der Parteien
nach dem Stand der Wahlprogramme
zur Europawahl 2004

Liberales Institut der Friedrich–Naumann–Stiftung
Potsdam, März 2004

Bearbeitet von Dr. Horst Werner und Sascha Tamm

Verwendete Dokumente (in alphabetischer Reihenfolge der Parteien):

Europa grün gestalten. Europawahlprogramm 2004 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, beschlossen von der Bundesdelegiertenkonferenz am 30.11.2003
http://www.gruene-partei.de/rsvgn/rs_datei/0,,4931,00.pdf

Europa-Manifest der CDU, Beschluss des Bundesvorstandes der CDU am 22.03.2004
http://www.cdu.de/europa_2004/europa-manifest/content.htm

Für ein starkes Bayern in Europa. Wahlprogramm der CSU zur Europawahl 2004, Beschluss des CSU-Landesvorstandes am 03.02.2004
http://www.csu.de/home/uploadedfiles/Dokumente/040216_Europawahlprogramm.pdf

Wir können Europa besser! – Für ein freies und faires Europa –
Programm der FDP zur Europawahl 2004, beschlossen auf dem Europatag am 17.01.2004
http://admin.fdp-europawahl.de/uploads/10/wahlprogramm_europawahl.pdf

Alternativen sind machbar: Für ein soziales, demokratisches und friedliches Europa!
Europawahlprogramm der PDS, beschlossen durch die 3. Tagung des 8. Parteitages am 31.01.2004
<http://www.pds-online.de/wahlen/dokumente/europawahlprogramm2004/index.htm>

Europamanifest der SPD, Beschluss des SPD-Parteivorstandes zur Europadelegiertenkonferenz am 16.11.2003
<http://www.spd.de/servlet/PB/show/1030391/europamanifest.pdf>

Europa

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS
EU-Verfassungsvertrag	<p>CDU: Aufgaben soll in der EU lösen, wer das „besser und effektiver“ kann bzw. „bürgernäher und besser“: „Darum wollen wir eine europäische Verfassung, welche den Bürgern mehr demokratische Teilhabe durch das Europäische Parlament garantiert, Entscheidungen innerhalb der EU für jeden nachvollziehbar macht und für eine klare Kompetenzabgrenzung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten sorgt.“ „Keine Forderungen zur Verbesserung des Verfassungsentwurfs.“</p> <p>CSU: „Eine EU-Steuer lehnen wir ebenso ab wie Mehrheitsentscheidungen des Rats bei grundlegenden finanziellen Weichenstellungen“.</p> <p>Für uns ist die „christlich-abendländische Wertegemeinschaft das Fundament Europas. Deshalb muss der Bezug auf das christlich-jüdische Erbe in der Präambel ... verankert werden.“</p> <p>Zustimmung zu Verfassungsvertrag: „nur zu empfehlen, wenn der Vertrag wesentliche Forderungen der Länder aufgreift.“</p> <p>CDU/CSU: Keine Forderung nach Volksentscheid über Verfassungsvertrag.</p>	<p>Keine Verbesserungsvorschläge zu Verfassungsentwurf,</p> <ul style="list-style-type: none"> - sondern Tempo: „Wir treten für die schnelle Verabschiedung des vom Konvent vorgelegten Verfassungsentwurfs ein.“ - Mit Stolz indirekt betont, dass Geldwertstabilität im Zielkanon der EU fehlt: „Ebenso waren es Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die als Ziele `soziale Marktwirtschaft`, Vollbeschäftigung, sozialen Fortschritt und Nachhaltigkeit in den EU-Verfassungsentwurf verankert haben.“ - Keine Forderung zur zweifelsfreien Sicherung eines unabhängigen Systems der Europäischen Zentralbanken. - Keine Forderung nach Stärkung des Subsidiaritätsprinzips im Verfassungsentwurf. <p>Die Stärkung direkter Demokratie wird begrüßt: „Auch waren es Sozialdemokraten, die die Möglichkeit eines europäischen Bürgerbegehrens in der Verfassung verankert haben.“ Aber Nein der SPD zum Volksentscheid über Verfassungsentwurf.</p>	<p>Der Entwurf für einen „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ („Verfassungsentwurf“) wird als „akzeptabler Kompromiss“ und Fortschritt für mehr Subsidiarität, bürgernahe Demokratie, Transparenz und Kontrolle der Parlamente bei der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips begrüßt. Der Subsidiaritätsgrundsatz müsse konsequent umgesetzt und weiterentwickelt werden: Stärkung der Kompetenzen der Kommunen .Als Verbesserungen werden insbesondere gefordert:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Verankerung der Geldwertstabilität im Zielkanon der EU. - Unabhängigkeit des Systems der EU-Zentralbanken: kein „sonstiges Organ“ oder „sonstige Einrichtung“ der EU. - Enge Verbindung zwischen Verfassungsentwurf mit und Stabilitätspakt und Maastricht-Kriterien gefordert. - Wettbewerb, offene Märkte. - Klar abgegrenzte, enge Zuständigkeit in Gesetzgebung. - Einheitliches Wahlverfahren für das EU-Parlament überall. - Amt des Präsidenten von Kommission und Rat in einer Hand. - Kontrolle der EU-Gesetzgebung durch nationale Parlamente. <p>Volksentscheid über EU-Verfassung (FDP-Gesetzentwurf eingebracht).</p>	<p>„Den Verfassungsprozess hat nicht zuletzt Joschka Fischer mit seiner Humboldt-Rede im Mai 2000 maßgeblich mit eingeleitet.“ (Und nach dem 11. September?! (z.B. Süddeutsche Zeitung vom 7.5.04)). Die Grünen begrüßen den Konventsentwurf als „erheblichen Fortschritt für die europäische Integration“, kritisieren aber gleichzeitig generell , dass „die Verfassungsreform zu kurz sprang“. Konkrete Verbesserungsvorschläge fehlen aber. Statt dessen wird im Wettbewerb mit der SPD indirekt hervorgehoben, dass die Geldwertstabilität nicht in den Zielkatalog der EU gehört: „Die grünen Akteure im Konvent und im europäischen Verfassungsprozess haben sich im Konvent erfolgreich dafür eingesetzt“, dass „... Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit, Nichtdiskriminierung und die Gleichstellung von Frauen und Männern ganz vorn im Zielkatalog aufgenommen werden.“</p> <p>Gefordert werden „europaweit“ „Bürgerentscheide über die europäische Verfassung.“ In der Praxis wird ein Volksentscheid der Deutschen von Rot-Grün aber abgelehnt.</p>	<p>„Die PDS sagt Nein zu dem vorliegenden Verfassungsentwurf.“ Begründung: „Die Rückschritte überlagern und deformieren die Fortschritte im Verfassungsentwurf.“ „Fortschritte“: Grundrechtecharta und soziale Rechte“. „Rückschritte“: Verfassungsentwurf verpflichte „alle EU-Staaten zur Aufrüstung“. „Er befördert die Militarisierung der EU. Neoliberale Wettbewerbspolitik soll Verfassungsrang erhalten.“ Forderungen: „Eine Europäische Verfassung muss den Völkern zur Diskussion und Abstimmung vorgelegt werden. Diesen Ansprüchen genügt der vom Konvent erarbeitete Verfassungsvertrag in wichtigen Punkten nicht.“ Entsprechende Grundgesetzänderung wird gefordert. Einheitliches Wahlrecht für Europawahlen: Verhältniswahlrecht ohne Sperrklauseln; aktives und passives Wahlrecht zu Europawahlen für „Menschen aus Drittstaaten, die schon mehrere Jahre legal in Mitgliedstaaten“ leben.</p>

Europa

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS
Erweiterungsprozess	<ul style="list-style-type: none"> - Erweiterung und Vertiefung im müssen im Gleichgewicht sein - Erweiterung wird globale Konkurrenzfähigkeit Europas verbessern - Aber: lange Übergangsfristen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit nötig, verstärkte Investitionen in die Infrastruktur der Grenzgebiete - „Europa darf nicht unbegrenzt wachsen“, - Integrationskraft darf nicht überfordert werden, deshalb weitere Option neben der Vollmitgliedschaft (EWR-Plus), die enge Beziehungen zur EU ohne lange Wartezeiten ermöglicht. - vor neuen Beitrittsverhandlungen: Auswertung der Erfahrungen mit dem Beitrittsprozess - Keine Mitgliedschaft der Türkei, statt dessen privilegierte Partnerschaft, dazu gehört gemeinsamer Wirtschaftsraum, Einbeziehung in die GASP CSU: EU als Christlich-abendländische Wertegemeinschaft - Vollmitgliedschaft der Türkei überfordert Integrationskraft - Europa der zwei Geschwindigkeiten möglich, aber nicht als generelles Prinzip - Vertiefung vor Erweiterung 	<ul style="list-style-type: none"> - Erweiterung erfordert Vertiefung - Erweiterung ist eine große Chance für Europa - Über weitere Aufnahmeanträge wird nach klaren und fairen Kriterien entschieden - Solidarität mit den neuen Nachbarn solidarisch sein, um Konflikte zu reduzieren und Wohlstand zu erhöhen - Türkei wird im Text nicht behandelt 	<ul style="list-style-type: none"> - Erweiterung darf Vertiefung der Integration nicht gefährden - kein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten - Übergangsfristen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit flexibel handhaben - Ängste der Bevölkerung ernstnehmen, rechts-/sicherheitspolitische Zusammenarbeit stärken, Anschlussförderung für Grenzregionen - Neue Außengrenzen dürfen keine Schutzwälle nach außen werden - weiterer Beitrittsprozess: strikte Einhaltung der Kopenhagener Kriterien - Rumänien und Bulgarien müssen unterstützt werden, damit sie 2007 die Kriterien erfüllen - Türkei: Fortschritte werden anerkannt, aber weiter Defizite, stärkere Unterstützung der Reformen durch die EU ist notwendig, Volksabstimmung über Beitritt wird nicht ausgeschlossen - westlicher Balkan: FDP unterstützt mittel- bis langfristige Beitrittsperspektive, Einzelfallentscheidungen sind notwendig - südliches Mittelmehr: keine Beitrittsperspektive, aber Intensivierung der Partnerschaft 	<ul style="list-style-type: none"> - Der Erweiterungsprozess ist nicht beendet, Erweiterung darf keine neuen Grenzen über den Kontinent ziehen - Verhandlungen mit Bulgarien und Rumänien zügig abschließen, Beitritt 2007 - Westbalkan: konkrete Beitrittsperspektive - Besondere Rolle der EU im Dialog mit den islamisch geprägten Staaten - Türkei: „Wenn das Land die menschen- und minderheitenrechtlichen sowie die demokratischen Kriterien der EU erfüllt hat, muss mit Beitrittsverhandlungen begonnen werden.“ EU muss Türkei nach Kräften bei den Reformen unterstützen. - Die EU ist kein exklusiver christlicher Verbund - Reformprozesse in den benachbarten GUS-Staaten müssen begleitet werden, „kleiner Grenzverkehr“ gegen Folgen der neuen Außengrenze - Stärkere Kooperation mit Mittelmeer-Anrainern 	<ul style="list-style-type: none"> - Sonderaktionsprogramme für die Grenzregionen - Keine Festung Europa - Befürwortung des Beitritts von Bulgarien und Rumänien - EU sollte allen europäischen Ländern offen stehen - Türkei: keine Ablehnung aus religiösen Gründen, vor Beitrittsverhandlungen jedoch Reformen, insbesondere Rechte der Minderheiten, Erfüllung der Kopenhagener Kriterien

Europa

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS
Bildung	<ul style="list-style-type: none"> - Ausbau der Bildungssysteme der Mitgliedstaaten, Ziel: Verbesserung des Zugangs zu Bildung, bessere Verzahnung von Theorie und Praxis - Wahrung der Kompetenzen der Staaten - Frühzeitiger Fremdsprachenunterricht, Austauschprogramme - Gezielte Förderung von IT sowie Bio- und Nanotechnologie unter Beachtung ethischer Grundsätze - Kompetenzzentren für außereuropäische Kulturen 	<ul style="list-style-type: none"> - Investitionen in Bildung, Ausbildung und lebenslanges Lernen sind Schlüsselfaktor für wirtschaftlichen Erfolg - Europa soll zu Wissensgesellschaft umgebaut werden - Alle Schichten der Gesellschaft sollen gute Ausbildungschancen bekommen - Erhöhung des Anteils der Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf 3% - Verwirklichung eines gemeinsamen Forschungs- und Bildungsraumes, - Grenzüberschreitende Bildung und Forschung ohne bürokratische Hürden, Anerkennung von Bildungsabschlüssen in allen Mitgliedsstaaten 	<ul style="list-style-type: none"> - Bildung bleibt in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten! - Aber Forderung: Chancengleichheit, deshalb: vergleichbare Standards, regelmäßige Vergleichstests - Fremdsprachenausbildung so früh wie möglich - Hochschulausbildung muss in ganz Europa kompatibel sein, gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen, Umsetzung des Bologna-Prozesses - Forschungsausgaben müssen erhöht werden, Kombination von Planungssicherheit und Wettbewerb, europaweite Konkurrenz um Fördermittel - Schwerpunktsetzung bei Biotechnologie, Nanotechnologie, Energieforschung, Sicherheitsforschung - Gentechnik: deutsche ethische Maximalforderung behindern europäische Einigung - Raumfahrt: stärkerer deutscher Anteil notwendig 	<ul style="list-style-type: none"> - Gemeinsame Europäische Wissensgesellschaft - Besserer Zugang zur Bildung, mehr Mobilität - Stärkere Austauschprogramme, jeder Student soll 6 Monate im Ausland studieren können, auch bei Schülern mehr Austausch - Fairer Wettbewerb der Bildungseinrichtungen, aber keine Kommerzialisierung - Forschungs- und Entwicklungsausgaben auf 3% des BIP - Mehr Forschung bei erneuerbaren Energien, Energiespeichertechnik und Energieeinsparung, Datensicherheit - Reduzierung der Förderung für Gentechnik, stärkere Berücksichtigung der Interessen von „Männern, Frauen und Kindern“ in der Gesundheitsforschung - Stärkere Beteiligung von Hochschulen und KMU an der Forschung, nicht so starke Industriebeteiligung. 	<ul style="list-style-type: none"> - Bildung ist Grundrecht und Element der Daseinsvorsorge, gehört nicht in Regelungskompetenz des Binnenmarktes, statt dessen freier Zugang zu Bildungseinrichtungen - Förderung von Fremdsprachenunterricht, Austauschprogramme, studentische Freizügigkeit, kostenloses Studium überall - Gegen „grenzenlosen Innovationswillen und blinden Technologieglauben“ - Forschung darf nicht an ihrer „industriellen Verwertbarkeit“ gemessen werden - Aber: Forschungsausgaben sollen erhöht werden - Konzentration auf Projekte der nachhaltigen Entwicklung, Einbeziehung von KMU - Starke Berücksichtigung ethischer Grundsätze, Klonverbot

Europa

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS
Bürokratieabbau	<ul style="list-style-type: none"> - Kein Europa der Bürokraten, sondern Europa, das Unionsbürgern nützt. - Klare Kompetenzabgrenzung Ablehnung bürokratischer Regelungen: Beschränkungen für Verbraucherkredite, Werbeverbote, zwangsweise einheitliche Versicherungstarife, Chemiepolitik 	<ul style="list-style-type: none"> - Transparenz der EU muss gestärkt werden, klare Kompetenzverteilung, sonst keine Angaben, das Wort „Bürokratie“ kommt gar nicht vor 	<ul style="list-style-type: none"> - Brüssel darf rechtlich nur handeln, wenn dadurch Verzerrungen im Binnenmarkt beseitigt werden. - Keine geteilten Zuständigkeiten - Stärkung der Subsidiarität - Alle Regelungen bekommen ein Verfallsdatum, - Beendigung des Reisezirkus, Brüssel als alleiniger Sitz des EP 	<ul style="list-style-type: none"> - „Die Schlagbäume sind nicht gefallen, um durch bürokratische Barrieren ersetzt zu werden.“ - Einzelne Absichtserklärungen zur Entbürokratisierung über den Text verstreut 	<ul style="list-style-type: none"> - europäische Verwaltungsreform - Transparenz und Offenheit von Entscheidungen - Dezentralisierung der Verwaltung muss gefördert werden - Aber: Ablehnung der Auslagerung von Verwaltungskompetenzen auf Europäische Agenturen
Verbraucherschutz	<ul style="list-style-type: none"> - Forderung: klare und einheitliche Regeln - „Übertriebene Umsetzung der Regeln in Deutschland und zu lasche Umsetzung in anderen Mitgliedstaaten müssen im Ansatz vermieden werden.“ - Funktionieren des Binnenmarktes ist Aufgabe der Kommission - Bürokratie muss zurückgefahren werden 	<ul style="list-style-type: none"> - Gerade die Jüngsten und Schwächsten müssen geschützt werden - SPD kämpft gegen Lobbyinteressen - Verbraucherinnen und Verbraucher sollen wissen, woraus die Produkte bestehen - Im Interesse der Verbraucher soll nicht alles gemacht werden, was technisch möglich ist - Schutz des einzelnen steht im Vordergrund 	<ul style="list-style-type: none"> - Verbraucherpolitik orientiert sich am Markt und am mündigen Bürger, Ziel: verlässlicher politischer Rahmen für faire Marktbedingungen und Ordnungsrahmen, Berücksichtigung von Gesundheit und Sicherheit - Ablehnung von Werbeverböten, statt dessen wirksame Selbstregulierung - Notwendigkeit: konkrete Produktinformationen, keine bürokratische Gängelung der Hersteller - Harmonisierung der nat. Verbraucherpolitiken im Binnenmarkt 	<ul style="list-style-type: none"> - Leitbild des mündigen Verbrauchers - Notwendige Informationen, transparente Märkte - „Produkt- und Prozessqualität“ soll transparent werden (z.B. umweltgerechte Herstellung) - Einführung von europ. Mindeststandards, die Spielraum nach oben lassen. - Schutz vor irreführender Werbung - Lebensmittelsicherheit: europaweit einheitliche Regeln und Standards 	<ul style="list-style-type: none"> - umfassende und wahrheitsgemäße Informationen der Verbraucher über Produkteigenschaften - PDS tritt für kleine Stromverbraucher ein, die bisher benachteiligt werden

Europa

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS
Bürgerrechte/Innere Sicherheit	<ul style="list-style-type: none"> - Schutz der Menschenrechte, dazu gehört: Recht auf Heimat, Ächtung von Vertreibungen - „Bei unserer Sicherheit darf nicht gespart werden!“ - Herausforderungen: organisierte Kriminalität, internationaler Terrorismus, ethnische Konflikte, illegale Einwanderung - Verstärkte Zusammenarbeit bei Justiz- und Innenpolitik - Erhöhte Durchschlagkraft europäischer Polizeiorgane - Verstärkte Sicherung der Außengrenzen, Abbau der Personenkontrollen zu neuen Mitgliedsländern erst dann, wenn diese Bedingungen des Schengener Abkommens erfüllen. - Einführung eines europäischen Finanzstaatsanwaltes, der Betrügereien verfolgt 	<ul style="list-style-type: none"> - soziale Rechte zählen zu den Grundrechten - Die EU solle eine „aktive europäische Bürgergesellschaft“ werden - Export von Sicherheit in unsere Nachbarstaaten - Intensivere Kooperation bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität - Einrichtung einer europäischen Staatsanwaltschaft, Ausbau von Europol - Gemeinsame Sicherung der Außengrenzen - Gegen Bedrohung durch Terror: Weitere Integration im Bereich Inneres und Justiz, Aufbau eines „Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ 	<ul style="list-style-type: none"> - Bürger sollen sich direkt auf die Europäische Charta der Grundrechte berufen können - Kooperation bei der Kriminalitätsbekämpfung muss gestärkt werden - Europäische Grenzpolizei ist notwendig - Unterstützung der neuen Mitgliedstaaten bei der Umsetzung des Schengener Abkommens - Gemeinsames Konzept zum Kampf gegen den Menschenhandel - Ausbau des Europäischen Gerichtshofes - Einheitliche rechtsstaatliche Standards in allen Ländern, dazu Mehrheitsentscheidungen in der Innen- und Rechtspolitik - Leitungsbefugnis der Europäischen Staatsanwaltschaft gegenüber Europol, - Nachbesserung des Europäischen Haftbefehls, einheitliche Mindeststandards zum Schutz der Rechte der Bürger, bevor Auslieferung deutscher Staatsbürger möglich. 	<ul style="list-style-type: none"> - Individualklageverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof - Leicht zugängliches Rechtsmittelsystem - Harmonisierung des Zuwanderungsrechts, Sicherung der Außengrenzen ist gemeinsame Aufgabe - Wirksame Kontrollmöglichkeiten für Europol, Abschaffung der Immunität der Europol-Beamten - Einführung einer europäischen Staatsanwaltschaft - Beim Kampf gegen Terror und internat. Kriminalität: Kein Rabatt bei den Menschenrechten, Balance zwischen Freiheit und Sicherheit muss wieder hergestellt werden - Erweiterter Sicherheitsbegriff- Prävention und Repression - Schutz vor Diskriminierungen muss weiter ausgebaut werden: EU soll umfassende Antidiskriminierungsrichtlinie verabschieden 	<ul style="list-style-type: none"> - Beim Kampf gegen den Terror muss die Freiheit der Einzelnen gewahrt werden, besonders wichtig: Rechtsweggarantie - Keine Weitergabe von personenbezogenen Daten an US-Behörden - Gemeinschaftliche Asyl- und Einwanderungspolitik, Stärkung des Asylrechts - Ziel. Schaffung eines einheitlichen Rechtsraumes mit Mindeststandards für Strafrecht und Strafen - Europäische Institutionen wie Europol, sind sinnvoll, müssen aber stärker auf europ. Ebene parlamentarisch kontrolliert werden - Stärkung der Rechte der Beschuldigten, besonders beim Europäischen Haftbefehl

Europa

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS
Finanztransfers	<p>Im Europa-Manifest der CDU vom 22.3.2004 sind Finanztransfers kein konkretisiertes Thema.</p> <p>Tendenzaussagen: „Eine verlässliche Kohäsionspolitik der EU ist notwendig.“ Es seien „entscheidende Zukunftsträger wie die Bio- und Nanotechnologien sowie die Informations- und Kommunikationstechnologien unter Respektierung ethischer Grundsätze gezielt zu fördern.“</p> <p>CSU: Schon im aller ersten Absatz: „Zu den bayerischen Interessen ... gehört der Schutz vor finanzieller Überforderung unseres Landes als Nettozahler.“</p>	<p>Keine konkreten Aussagen zu Finanztransfers in Europa und global. Tendenzaussagen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - „Europa muss auch mit seinen Nachbarn im Osten wie im Süden solidarisch sein“. - „Schon jetzt leisten die EU und ihre Mitgliedstaaten“ den größten Anteil der weltweit gezahlten Gelder für Entwicklungszusammenarbeit. Dies ist sozialdemokratische Politik, da Hunger, Armut und Krankheiten die Legitimation des Weltwirtschaftssystems insgesamt in Frage stellen können.“ 	<p>Die klare Anerkennung des „Solidaritätsprinzips innerhalb der EU“ hat als unverzichtbare Grundlage das Subsidiaritätsprinzip und zielt auf „eine ausgewogene Lastenverteilung“, konkret: „finanzielle Entlastung Deutschlands als größtem Nettozahler“, die Rot-Grün nicht gelungen sei. (Einstimmigkeit, also Veto-Recht der Nettoempfänger bei den Struktur- und Kohäsionsfonds bis 2009.) Gefordert außerdem: Generationenbilanz auf EU-Ebene, Umschichtung der EU-Förderung „hin zu Bildung, Forschung und Entwicklung von Zukunftstechnologien.“</p>	<p>„In der erweiterten Union ...wird der Abstand zwischen Wohlstands- und Armutszonen sehr viel größer sein als bisher. Damit wird das Solidaritätskonzept der EU auf eine harte Probe gestellt und verlangt eine Reform der Strukturpolitik. Strukturhilfen müssen sich auf die ärmsten Regionen sowie auf soziale Benachteiligungen im gesamten europäischen Raum konzentrieren und Grenzregionen als Ganzes fördern.“</p>	<p>„Wir wollen eine Europäische Union, in der alle mit der Erweiterung verbundenen Fragen solidarisch gelöst werden, in der insbesondere die Förderpolitik so gestaltet wird, dass weder die bisher geförderten noch die neu zu fördernden Staaten und Regionen Nachteile haben.“</p>
Euro und Verschuldung	<p>CDU: Nur wenn die „Maastrichter Stabilitätskriterien und der Stabilitäts- und Wachstumspakt“ strikt eingehalten werden, kann die europäische Wirtschafts- und Währungspolitik funktionieren und sich das Vertrauen in die junge Währung festigen.“</p> <p>Deutschland müsse „die Regeln zur Wirtschafts- und Währungsunion ohne Abstriche einhalten.“</p> <p>CSU: Wie CDU und: Für die Beitrittsländer, die der Eurozone beitreten wollen, ist das vertragswidrige Verhalten der rot-grünen Bundesregierung ein fatales Signal.“</p>	<p>„Bei den Zielen der EU, die „Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten...in den EU-Verfassungsentwurf verankert haben“, fehlt im Gegensatz zum deutschen Stabilitäts- und Wachstumsgesetz das Ziel „Geldwertstabilität“.</p> <p>Zur anhaltenden Verletzung der Verschuldungskriterien des Maastricht-Vertrages: „Wir halten an der Balance zwischen Konsolidierung und Wachstum fest. Deutschland wird der Verpflichtung des ... Stabilitäts- und Wachstumspaktes nachkommen.“ (Wie?, Wo? Als Wachstumsbremse oberhalb Verschuldungsgrenzen?)</p>	<p>Stabilität des Euro und Vertrauen in den Euro setzen voraus:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Unabhängiges und auf die Geldwertstabilität verpflichtetes System der Europäischen Zentralbanken. - Ziel der Geldwertstabilität in den Zielkanon des EU-Verfassungsvertrags. - Stabilitätspakt gegen Schuldenmachen „ohne Wenn und Aber“ einhalten. - Zur Sanierung der deutschen Staatsfinanzen notwendige Strukturereformen angehen. 	<p>„BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN haben ... auf eine wirtschafts-, sozial- und arbeitsmarktpolitische Abstützung der Währungsunion gedrungen. Der Dialog der EZB mit dem europäischen Parlament und dem Rat muss intensiviert sowie mit den nationalen wirtschaftspolitischen Instanzen erweitert und vertieft werden.“</p> <p>(Wo bleibt da die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbanken?)</p> <p>„Wir...halten am Stabilitätspakt unter Berücksichtigung seiner flexiblen Rahmenbedingungen fest.“</p>	<p>„Wir wollen eine Europäische Union, die ... mit der neoliberalen Wirtschaftspolitik bricht und stattdessen auf nachhaltiges Wachstum setzt, neue Wege der Verzahnung von Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltpolitik beschreitet und den Stabilitäts- und Wachstumspakt entsprechend korrigiert.“</p> <p>Noch klarer als SPD und die Grünen:</p> <p>„Wir kritisieren ... das starre Korsett der Kriterien von Maastricht“.</p>

Europa

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS
Wirtschaft, Arbeit, Mobilität	<p>CDU: „Für ein Europa, das Wohlstand und Arbeitsplätze sichert“. „Dafür brauchen wir die richtigen Rahmenbedingungen für unternehmerische Initiative, für Innovation in Wissenschaft und Technik und ein leistungsfähiges Bildungssystem.“</p> <p>Gegen „Gesetzesinitiativen der Europäischen Kommission“, die „die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union“ gefährden: „Beschränkungen für Verbraucherkredite, Werbeverbote ..., zwangsweise Einführung einheitlicher Versicherungstarife ..., Rauchverbot in allen europäischen Gaststätten: derart ideologiebefrachtete Vorstöße der bisher mehrheitlich sozialistischen Kommission fördern allenfalls das Wachstum der Bürokratie, nicht aber das Wohl der europäischen Wirtschaft. Dies gilt auch für die Vorschläge zur Chemiepolitik. Auf Investoren wirken derartige Vorschläge abschreckend.“</p> <p>„Ein moderner Wirtschaftsraum braucht auch eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Landwirtschaft.“</p> <p>CSU: In der Agrarwirtschaft konkreter, auch für Subsidiaritätsprinzip: „nationale Kofinanzierung“.</p>	<p>„Arbeitsplätze und Bildungschancen für alle sind die zentralen Ziele unserer Politik.“ „Zwar ist es vor allem Aufgabe der Mitgliedstaaten selbst, die Arbeitslosigkeit zu senken – die EU kann aber einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Europa als Wachstums- und Exportregion sowie als Gesellschaftsmodell zu stärken.“</p> <p>Deshalb...“Lissabon-Prozess bis 2010 ... Die SPD hat diesen Prozess initiiert, indem sie sich unter deutscher EU-Präsidentschaft für die Ausarbeitung des europäischen Beschäftigungspaktes eingesetzt hat.“</p> <p>„Vor allem kleine und mittlere Unternehmen schaffen Arbeitsplätze. Sie zu stärken ist Ziel unserer Politik.“ (Das „Wie?“ bleibt unbeantwortet.)</p> <p>„Sozialer Ausgleich ist kein Standortnachteil im internationalen Wettbewerb. Im Gegenteil: wir sind davon überzeugt, dass für Unternehmen der soziale Frieden ein entscheidender Standortvorteil ist.“</p> <p>„Das europäische Sozialmodell ist weltweit einzigartig.“</p>	<p>Damit Deutschland nach 5 Jahren Rot-Grün vom Schlusslicht und Bremsklotz bei Wachstum und Arbeitsplätzen in Europa wieder zur „Lokomotive des europäischen Einigungsprozesses“ , des Wachstums und der Mobilität wird:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Handlungsspielraum in EU sichern und für Reformen des Steuer- und Sozialsystems nutzen, speziell für flexiblere Arbeitsmärkte. Zuständigkeit der EU hier auf Sicherung eines funktionsfähigen Binnenmarktes beschränken. - Unabhängiges Europäisches Kartellamt und Beihilfenkontrolle gegen Wettbewerbsverzerrung: einheitlich, transparent. - Prinzip der „Daseinsvorsorge“ darf Wettbewerb und Privatisierungen nicht behindern. - Europaweite Verkehrswegeplanung mit Berücksichtigung der Osterweiterung, integriert, für alle Verkehrsträger. - Wettbewerb auf der Schiene: EU-weite Trennung von Netz und Betrieb; Kooperation der Netzbetreiber, Wettbewerb der Transporteure. - Eurodistrikte für grenzüberschreitende Zusammenarbeit; Bürgerentscheid in betroffenen Regionen ermöglichen. 	<p>Wenig konkret für Wachstum und Arbeitsplätze außer den Verheißungen von „mehr ökologische Gerechtigkeit“, Arbeitsplätze durch erneuerbare Energien und „Vorfahrt für grüne Verkehrspolitik“: „Unsere Fortschritte im Umwelt-, Natur- und Klimaschutz werden wesentlich darüber entscheiden, ob wir in Europa in Zukunft Lebensqualität und Wohlstand haben werden.“</p> <p>„BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN wollen eine ökologisch soziale Marktwirtschaft und fairen Wettbewerb in Europa, aber keine ruinöse Standortkonkurrenz.“ „Wir wollen die Tradition des europäischen Sozialstaats sichern und zu einem Modell mit weltweiter Strahlkraft weiterentwickeln.“</p> <p>„Dort, wo Versorgungssicherheit nicht gewährleistet oder die Qualität der Versorgung gefährdet ist, finden Deregulierung und Privatisierung ihre Grenzen. Die Wasserversorgung muss in öffentlicher Hand bleiben. „Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge transparent und dezentral“.</p> <p>„Europaweit braucht der Verkehr ...ein Mobilitätsmanagement und eine Preisgestaltung, die auch die ökologische Wahrheit sagt.“</p>	<p>„Wir wollen eine Europäische Union, die der Vollbeschäftigung und dem sozialen Fortschritt angesichts der Massenerwerbslosigkeit höchste Priorität beimisst“. Zukunftsinvestitionsprogramm:</p> <ul style="list-style-type: none"> - „dezentrale Netzwerke mit hoher Beschäftigungsintensität, - Schiene im Regional- und Güterverkehr ausbauen, - Umweltschutz, Stadterneuerung, Bildung, Sozial- und Kulturwirtschaft, Gesundheits- und Erziehungswesen, Mittelstand. <p>Finanziert durch „Ausgabe von Unionsanleihen“, Fördermittel der EIB, „Nutzung eines Teils der Gold und Währungsreserven der nationalen Zentralbanken“ (also ohne Rückgriff auf Onkel Dagoberts Reserven). „Die PDS hält Wirtschaftsdemokratie für ein dringendes Gebot des sozialökologischen Umbaus“: „Formen und Verfahren der Demokratie auch in der Wirtschaft“.</p>

Europa

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS
Sozialpolitik	<p>CDU: Keine konkreten Aussagen: „Für Wachstum, Wohlstand und soziale Sicherheit“. „Die Soziale Marktwirtschaft ist die effektivste und gerechteste Wirtschaftsform. Sie schafft Wachstum und Arbeitsplätze und sorgt für sozialen Ausgleich.“</p> <p>CSU: „Jeder Staat ist aufgerufen, selbst seine Systeme der sozialen Sicherung weiterzuentwickeln: Dies ist keine Aufgabe der Europäischen Union, weil sich Traditionen, Ausgangsdaten und finanzielle Situation innerhalb Europas zu stark unterscheiden... Wir müssen in Deutschland selbst“: Arbeitsmarkt flexibilisieren, Sozialsystem „umbauen“, Steuersystem „neu ausrichten“.</p>	<p>Keine konkreten Aussagen zu den in Deutschland und Europa notwendigen Reformen für verlässliche Alterssicherung und Gesundheitsvorsorge. .Statt dessen:</p> <p>„Gerechtigkeit und fairer Wettbewerb im sozialen Rechtsstaat zeichnen das Zusammenleben in der Europäischen Union aus. Wir wollen dieses europäische Gesellschaftsmodell weltweit zum Vorbild für eine soziale, solidarische und zukunftsfähige Gesellschaft entwickeln.“</p>	<p>Sozialsysteme in EU für diese Herausforderungen reformieren:</p> <p>1. „Soziale Reformen in alleiniger Verantwortung in den Mitgliedstaaten“:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Chancen auf Arbeit für alle. - Gleiche Chancen für Frauen und Männer. - Antworten auf Überalterung und Generationengerechtigkeit. - Von EU-Vorbildern für die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf lernen. - Freizügigkeit nicht durch nationale Regulierungen behindern. <p>2. Für mehr Rechtseinheit in EU: einheitliche familienrechtliche Normen,, „langfristig auch des materiellen Familienrechts“.</p>	<p>„Die soziale Dimension Europas hinkt der ökonomischen weit hinterher.“ „Wie in Deutschland, so streben wir auch auf europäischer Ebene eine armutsfeste Grundsicherung an.“</p> <p>Nicht konkret bei Arbeitslosenversicherung, Rentenversicherung und Pflege, dafür aber bei der Krankenversicherung: „Die Ausgestaltung der nationalen Gesundheitssysteme in der EU liegt in der Verantwortung der Mitgliedstaaten. Damit wird Vielfalt ermöglicht und damit können auch die unterschiedlichen Bedürfnisse und Erfahrungen in den verschiedenen Mitgliedstaaten berücksichtigt werden.“</p>	<p>Ähnlich wie SPD: „Die PDS fordert, dass die Bewahrung und Weiterentwicklung der Kernelemente des europäischen Sozialstaatsmodells bei der Umsetzung europäischer Politik höchste Priorität eingeräumt wird.“</p> <p>Forderungen: „allgemeine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit“, „Absenkung der Höchstarbeitszeit“</p> <p>Rente: Stärkung der solidarischen Sozialversicherungs-Rentensysteme durch mehr Umverteilung“.</p> <p>Potenziale der Prävention „durch eine integrierte öffentliche Gesundheitsstrategie“ erschließen.</p>
Umweltpolitik	<p>CDU: „In einem Binnenmarkt mit offenen Grenzen brauchen wir klare und einheitliche Regeln zum Umwelt- und Verbraucherschutz. Ein fairer Wettbewerb kann nur stattfinden, wenn nicht derjenige gewinnt, der Umwelt und Verbraucher am wenigsten schützt.“</p> <p>Die Vorschläge der Kommission zur Chemiewirtschaft seien für Investoren abschreckende Signale.</p> <p>CSU: „Wir treten ein für mehr Europa in – bei grenzüberschreitenden Umweltproblemen.“ Keine konkreten Aussagen.</p>	<p>„Strenge Umweltstandards wollen wir nicht nur in der EU sichern, sondern wir wollen sie gemeinsam mit unseren europäischen Partnern global durchsetzen. Wir haben erreicht, dass der Umweltschutz und das Prinzip der Nachhaltigkeit in der EU Verfassungsrang bekommen und damit gleichberechtigt neben dem Ziel des Wirtschaftswachstums steht.“</p> <p>„Ziel der SPD ist es, Europa zum Vorreiter und Verfechter einer verantwortungsbewussten globalen Umweltpolitik zu machen.“</p>	<p>„Das Subsidiaritätsprinzip muss auch im Bereich der Umweltpolitik konsequent eingehalten werden. „Umweltschutz mit marktwirtschaftlichen Mitteln“, für Kyoto-Protokoll, also gegen Steinkohle-Subventionen und Steuerprivilegien für Flugbenzin in EU „mit dem Ziel einer weltweiten Lösung.“</p> <p>„Marktkonforme Gestaltung des Emissionshandels, „gegen nationale Alleingänge“ bei erneuerbaren Energien, gegen feste Abnahme- und Vergütungspflichten, gegen irrationale Chemiewirtschaft der EU.“</p>	<p>„BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für ein Europa der Ökologie und der Verbraucherrechte.“ „Ökologisch und sozial gerechte Steuern“: „Durch eine Abschaffung des Vetos (bei steuerpolitischen Entscheidungen; d.Verf.) wäre endlich der Weg frei für europaweite Standards für Umweltsteuern.“</p> <p>Mehr „ökologische Gerechtigkeit“, auch bei „Reform der europäischen Chemikalienpolitik“. Bei CO2-Verringerung: „als verbindliches europaweites Ziel“: „Reduzierung um 30 Prozent.“</p>	<p>„Umweltpolitik hat ... auch darauf zu achten, dass der ökologische Strukturwandel zu mehr Beschäftigung und zur Qualität der Arbeitsplätze beiträgt und soziale Ausgrenzung vermeidet.“</p> <p>„Die EU muss sich langfristig dazu verpflichten, bis 2050 den Energieverbrauch um zwei Drittel, die CO2-Emissionen um 80 Prozent und die Stoffströme um 90 Prozent zu reduzieren.“</p>

Europa

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS
Außen- und Entwicklungspolitik	<ul style="list-style-type: none"> - EU muss Akteur in der Welt-politik werden, dazu müssen die notwendigen Instrumente bereit-gestellt werden - GASP, die diesen Namen ver-dient, langfristiges Ziel: Schaffung einer europäischen Armee als tragender Pfeiler der NATO - Europäischer Außenminister + auswärtiger Dienst - Europa muss sich an der Gestal-tung einer neuen Weltordnung beteiligen, beruhend auf: Multi-lateralismus, Völkerrecht, UNO - Gleichberechtigte Partnerschaft mit den USA im Rahmen einer Wertegemeinschaft - Europa muss weiterhin seine Stärken bei zivilem Konflikt-management nutzen - Entwicklungspolitik als Beitrag zu unserer eigenen Sicherheit, gegen illegale Einwanderung 	<ul style="list-style-type: none"> - Europa soll international zur Friedensmacht werden - Globales Engagement im Inte-resse einer friedlichen Regelung von Konflikten - GASP stärken, Weiterent-wicklung der Europäischen Si-cherheits- und Verteidigungs-politik (ESVP) - USA: keine Konkurrenz oder Rivalität, sondern ebenbürtige Partnerschaft zwischen EU und USA - Ziel: Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion - EU soll außenpolitisch mit einer Stimme sprechen, Europäischer Außenminister - Internationale Einsätze nur im Rahmen Un-Charta, keine Präventiveinsätze - SPD bleibt Anwalt der armen Länder - Fairer Handel für Entwicklun-gsländer, Beendigung von Praktiken, die die Entwicklungsländer benachteiligen, inkl. Agrarpolitik 	<ul style="list-style-type: none"> - kein „deutscher Weg“ in der Au-ßen- und Sicherheitspolitik -Forderung: Weiterentwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicher-heitspolitik (GASP), dabei Aufgabe des Einstimmigkeitsprinzips, Ein-führung eines europ. Außen-ministers + dipl. Dienst - Aufbau gemeinsamer europ. Streitkräfte - Klares Bekenntnis zur sicher-heitspolitischen Kooperation mit den USA - Forderung: Liberalisierung des Welthandels, dazu institutionelle Reformen der WTO, konkreter Zeit-plan für das Ende von Handels-hemmnissen, die vor allem den Entwicklungsländern schaden - Ablehnung globaler Sozial- und Umweltstandards, nur auf freiwilliger Ebene - Stärkung und Weiterentwicklung der UNO, Konzentration von IWF und Weltbank auf ihre Kern-aufgaben - Kopplung der europ. Entwick-lungshilfe an die Einhaltung der Menschenrechte 	<ul style="list-style-type: none"> - Auswärtige Politiken müssen am friedlichen Interessenausgleich orientiert werden - Im Zentrum der GASP: zivile Außenpolitik, Ziele: Frieden, De-mokratie, Menschenrechte, ökolo-gisch und sozial gerechter Inte-ressenausgleich - Europäischer Außenminister, gemeinsamer diplomatischer Dienst - GASP muss durch das Europäi-sche Parlament kontrolliert wer-den -UNO ist Hauptrahmen für eine „weltweite Ordnungspolitik“ - Gemeinsamer europäischer Sitz im Weltsicherheitsrat - Globalisierung gerecht gestalten, dazu: internationale Strukturpoli-tik: Einbindung internationaler Konzerne, mehr Fairness im Welt-handel, Demokratisierung der WTO - Gegen Privatisierung bei le-benswichtigen Gütern (Wasser) - Fortsetzung der Entschuldungs-politik, EU soll für Reform des IWF eintreten 	<ul style="list-style-type: none"> - von den USA unabhängige EU-Außenpolitik, Forderung: Auflösung der NATO, Aufhe-bung der Beschlüsse zu GASP, die Europa in eine Militärmacht verwandeln, Ablehnung „jedweder Kampfeinsätze“ - an den Ursachen orientierte, präventive Konflikt-bearbeitung - Stärkung der Rolle des Europäischen Parlamentes - Soziale Standards in Welt-handel und Produktion - Erhöhung der Entwicklun-gshilfe auf 0,7% des BIP - Weitreichende Entschul-dung, Insolvenzrecht für Staaten - Binnenmarktorientierung der Entwicklungsländer soll gestärkt werden